Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3050**

15. Wahlperiode 04. 05. 2004

Antrag

der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Christian Ruck, Hermann Gröhe, Joachim Hörster, Ruprecht Polenz, Dr. Christoph Bergner, Dr. Wolfgang Bötsch, Anke Eymer (Lübeck), Erich G. Fritz, Michael Glos, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Klaus-Jürgen Hedrich, Siegfried Helias, Peter Hintze, Robert Hochbaum, Thomas Kossendey, Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg), Dr. Norbert Lammert, Dr. Gerd Müller, Claudia Nolte, Hans Raidel, Dr. Norbert Röttgen, Dr. Klaus Rose, Volker Rühe, Anita Schäfer (Saalstadt), Dr. Wolfgang Schäuble, Bernd Schmidbauer, Christian Schmidt (Fürth), Dr. Andreas Schockenhoff, Bernd Siebert, Dr. Hans-Peter Uhl, Willy Wimmer (Neuss) und der Fraktion der CDU/CSU

Für eine Partnerschaft für Frieden und Stabilität im größeren Mittleren Osten und Nordafrika

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bei dem Treffen der G8-Staaten (8. bis 10. Juni 2004 in Sea Island), beim EU-USA-Gipfel (25./26. Juni 2004 in Irland) und beim NATO-Gipfel (28./29. Juni 2004 in Istanbul) werden – im Bewusstsein der großen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern – die Beziehungen zur geopolitischen Großregion des größeren Mittleren Ostens und Nordafrikas im Mittelpunkt der Beratungen stehen.

Deutschland und Europa haben ein besonderes Interesse, dass in dieser Region Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand geschaffen werden. Europa und die Länder dieser Region sind wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich miteinander verknüpft. Große arabische Bevölkerungsgruppen leben in Europa, deren Identität und Anliegen immer mehr auch für unsere eigene politische und gesellschaftliche Stabilität zu wichtigen Faktoren werden. Ebenso stehen wir durch politische Zusammenarbeit, durch Handelsströme und Rohstoffimporte mit diesen Ländern in einer engen Verbindung, die auch in den zahlreichen Kooperationsformen wie dem Barcelona-Prozess zwischen der EU und Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeers, der Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Golfkooperationsrat oder dem Mittelmeer-Dialog der NATO zum Ausdruck kommen. Unmittelbare Auswirkungen auf Europa haben allerdings auch die in dieser Region wurzelnden akuten Probleme des islamistischen Terrorismus und der Massenvernichtungswaffen sowie der von der Region ausgehende Migrationsdruck.

Die Notwendigkeit der Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen und Beschäftigungsmöglichkeiten stellt die Länder dieser Region vor erhebliche wirtschaftliche, soziale und politische Veränderungserfordernisse. Das unterstreichen beispielsweise die jüngsten, von arabischen Fachleuten geschriebenen UNDP-Berichte (UNDP: United Nations Development Programme) über die

menschliche Entwicklung in der arabischen Welt oder der Weltbankbericht über die Verbesserung der Regierungsführung im Nahen Osten und in Nordafrika. Der Schlüssel für jeden Fortschritt liegt den Studien zufolge in der Schaffung eines Klimas der Freiheit, in Entwicklung und Ausbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, in Gleichberechtigung der Frau und ihrer Integration ins öffentliche Leben, im Aufbau starker Zivilgesellschaften sowie moderner Bildungssysteme und wettbewerbsfähiger Wirtschaft.

Der Deutsche Bundestag schließt sich dem Fazit dieser Berichte an. Er stimmt ebenso damit überein, dass Reformmaßnahmen und Demokratisierungsbemühungen in der Region als Prozesse gesellschaftlicher und politischer Eigenentwicklung begriffen werden müssen. Es existieren auch in der arabischen Welt demokratische Traditionen, an die anzuknüpfen ist. In einzelnen Ländern gibt es dabei durchaus nennenswerte eigene Reformansätze, die sich unter Beachtung der universellen Gültigkeit der Menschenrechte zu spezifischen Formen von Partizipation und Demokratie entwickeln können. Der Westen muss derartige Unterschiede respektieren. So haben beispielsweise zivilgesellschaftliche Organisationen des arabischen Raumes auf einer Konferenz im März 2004 in Alexandria ein Papier mit umfassenden und weitreichenden Reformvorschlägen verabschiedet: Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, die durch niedrige Wachstumsraten, einen niedrigen Anteil am Welthandel, hohe Arbeitslosigkeit bei steigender Zahl Arbeitsuchender und den Anstieg der Armut geprägt ist, sei eine Liberalisierung der Wirtschaft und die Förderung von wirtschaftlicher Integration auf regionaler und internationaler Ebene erforderlich. Dieser Prozess müsse durch institutionelle und strukturelle Reformen im politischen Bereich sowie durch gute Regierungsführung, Gewaltenteilung, durch Verbesserung von Bildung und Ausbildung, durch Stärkung der Zivilgesellschaft, Meinungs- und Informationsfreiheit und durch kulturelle Veränderungen begleitet werden. Auch die Arabische Liga beschäftigt sich seit Monaten mit den Fragen von Demokratie und Partizipation. Es ist zu erwarten, dass auf ihrem Gipfeltreffen im Mai 2004 entsprechende Beschlüsse gefasst werden. Das zeigt, dass auch in der Region Reformen zunehmend nicht nur als technische Modernisierung verstanden werden.

Angesichts des hohen Veränderungsbedarfs in dieser Region spricht sich der Deutsche Bundestag dafür aus, einen unterstützenden Beitrag zu leisten, damit die Menschen dort eine selbstbestimmte Perspektive bekommen und ihnen der Anschluss an die Globalisierung – unter Wahrung ihrer kulturellen und religiösen Identität – gelingt und somit radikalen Ideen, politisch motivierter Gewalt, islamistischem Extremismus und Terrorismus der Nährboden entzogen wird. Die Staaten der Europäischen Union, der G8 und der NATO sollten deshalb bei den bevorstehenden Gipfeltreffen ihre Bereitschaft erklären, durch enge Zusammenarbeit zur Entwicklung eines gemeinsamen Raumes des Friedens, der Menschenrechte und des Fortschritts beizutragen.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass das Angebot für eine solche enge Zusammenarbeit auf dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ und damit auf der in der Region vorhandenen Reformbereitschaft aufbauen muss. Im partnerschaftlichen und vertrauensvollen Dialog von gleich zu gleich sollten solche inneren Reformprozesse gezielt unterstützt und angestoßen werden. Dabei sollten wir unsere eigenen Wertvorstellungen und Interessen offen vertreten, aber auch deutlich unseren Respekt zum Ausdruck bringen vor der Vielfalt in den Ländern der Region, die von der reichen Tradition der islamischen Kultur und Religion sowie von den spezifischen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungserfahrungen geprägt ist. Es darf nicht darum gehen, den Ländern dieses Raumes fertige Konzepte vorzulegen. Vielmehr sollte es um Beteiligung dort gehen, wo Zusammenarbeit und Unterstützung gewünscht werden, und diese sollte in enger Kooperation mit den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort entwickelt werden.

Die engere Zusammenarbeit mit den Ländern des größeren Mittleren Ostens und Nordafrikas darf weder Ersatz noch Vorbedingung für die Bemühungen um Fortschritte im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses sein. Beides sollte mit der gleichen Entschlossenheit angestrebt werden. Die Existenz zweier lebensfähiger Staaten, Israel und Palästina, verbunden in gemeinsamer Sicherheit, eingebunden in einen regionalen Frieden und garantiert durch die internationale Gemeinschaft, ist ein zentrales Element auf dem Weg zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker dieser Region. Der Deutsche Bundestag ist der Überzeugung, dass nur eine zwischen beiden Seiten vereinbarte und die Interessen beider Seiten berücksichtigende Lösung im Rahmen der „Roadmap“ den Frieden und die Sicherheit in der Region garantieren wird. Hilfreich dabei können der Abdallah-Friedensplan und die „Genfer Initiative“ sein und sollten mit einbezogen werden.

Zur Entwicklung eines gemeinsamen Raumes des Friedens, der Menschenrechte und des Fortschritts gehört auch, einen souveränen, friedlichen, unabhängigen und demokratischen Irak, dessen territoriale Integrität gewahrt wird, wieder in die Völkergemeinschaft einzugliedern. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bemühungen, zum 30. Juni 2004 im Irak die Verantwortung an eine Interimsregierung zu übergeben und bis spätestens Ende Januar 2005 freie Wahlen durchzuführen, damit sich eine echte irakische Souveränität entwickeln kann. Für den Erfolg dieses Übergangsprozesses sollten die Vereinten Nationen eine stärkere Rolle wahrnehmen. Außerdem ist es dringend erforderlich, die Nachbarn des Irak, vor allem die Türkei, Saudi Arabien und den Iran, stärker in den Stabilisierungsprozess einzubinden. Der Deutsche Bundestag verurteilt die terroristischen Anschläge und Geiselnahmen aufs schärfste. Sie sind Ausdruck einer menschenverachtenden Gesinnung gegenüber der irakischen Bevölkerung und den internationalen Helfern.

Bei der Unterstützung der Staaten der Region, Frieden und Stabilität zu gewinnen, fällt den USA als einzig verbliebener Weltmacht eine zentrale Verantwortung zu. Umso wichtiger ist, dass sich insbesondere Europäer und Amerikaner in der Zielsetzung und in der Strategie für die Zusammenarbeit mit den Ländern dieser Region einig sind. Europa und die Bundesregierung müssen in diesen Fragen mit den amerikanischen Partnern enger und substanzieller als bisher zusammenwirken, nur dann können sie auch von den USA multilaterale Entscheidungen einfordern.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich bei den bevorstehenden Gipfeltreffen dafür einzusetzen, dass die Staaten der Europäischen Union, der G8 und der NATO in ihren Erklärungen gegenüber den Ländern des größeren Mittleren Ostens und Nordafrikas die Bereitschaft bekunden, durch enge Zusammenarbeit zur Entwicklung eines gemeinsamen Raumes des Friedens, der Menschenrechte und des Fortschritts beizutragen und dafür konkrete Vorstellungen anbieten:

Ziel sollte eine neue Partnerschaft für Frieden und Stabilität im größeren Mittleren Osten und Nordafrika sein. Dafür sollte im Dialog mit den Ländern dieser Region geklärt werden, inwieweit die inneren Reformprozesse dieser Staaten gezielt unterstützt werden können und mit welchen konkreten Maßnahmen die außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit intensiviert werden kann.

Diese engere Zusammenarbeit sollte auf den bereits bestehenden Kooperationsstrukturen wie dem Barcelona-Prozess, der Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Golfkooperationsrat oder dem Mittelmeer-Dialog der NATO aufbauen und weiterentwickelt werden; falls erforderlich sind sie um neue Strukturen für diejenigen Länder zu erweitern, für die es bisher noch keinen institutionalisierten Rahmen gibt. Die Staaten der EU, G8 und NATO sollten ihre Mittel und Pro-

jekte für diese Zusammenarbeit aufeinander abstimmen, damit sie sich mit ihren spezifischen Stärken ergänzen.

Als Möglichkeiten der Unterstützung von Reformen und für eine intensivierte Zusammenarbeit könnten angeboten werden:

– Bildung, den Aufbau funktionsfähiger freiheitlicher staatlicher Strukturen, Partizipation sowie wirtschaftliche und ländliche Entwicklung verstärkt zu fördern;

– Ansätze für gute Regierungsführung intensiver zu unterstützen. Hierzu könnten die Programme zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit, die sich bisher vor allem auf die nationale Ebene konzentrieren, ausgebaut und bis auf die örtliche Ebene erweitert werden. Außerdem könnten Initiativen zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit gefördert und Hilfestellung beim Kampf gegen Korruption und bei der breiteren Einbindung der Zivilgesellschaften in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse geleistet werden sowie der Aufbau von Parteien beispielsweise durch politische Stiftungen unterstützt werden. Weiterhin könnten Programme für die Aus- und Fortbildung von Polizeikräften und Maßnahmen zur Bekämpfung von Folter sowie zur Terrorbekämpfung mit rechtsstaatlichen Mitteln unterstützt werden;

– das Bemühen um eine schnelle deutliche Reduzierung des Analphabetentums – insbesondere von Frauen und Mädchen – zu unterstützen, beispielsweise durch Ergänzung des entsprechenden Programms der Vereinten Nationen, um den Anteil an Lehrerinnen deutlich zu erhöhen;

– die Hochschul- und Wissenschaftskooperation mit der Region zu intensivieren und neben dem Ausbau der bestehenden Austausch- und Stipendienprogramme analog zur Deutschen Universität in Kairo weitere Gründungen von Universitäten zu fördern;

– Wirtschaft, Handel, Investitionen und Beschäftigung zu fördern. Hierzu zählt die Unterstützung einheimischer Klein- und Mittelunternehmen z. B. mit Mikrokreditprogrammen genauso wie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen und die Einführung bzw. Verbesserung des beruflichen Bildungssystems. Denn nur mit der Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze und einem angemessenen Wirtschaftswachstum kann der problematischen Kombination aus hoher Arbeitslosigkeit, hohem Bevölkerungswachstum und stagnierender Wirtschaft begegnet werden;

– für die Ausweitung der bislang nur gering ausgebildeten intraregionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Märkte Unterstützung anzubieten wie Beratung und Hilfe bei der Verbesserung administrativer und juristischer Rahmenbedingungen (z. B. effizienterer Umgang mit Investoren, Importeuren, Exporteuren, in Fragen von Steuern, Zöllen, Lizenzen), beim Ausbau der Transportinfrastruktur (z. B. Hafenmanagement, Grenzinfrastruktur, Flughäfen, Schnellstraßen, Brücken, Eisenbahn, Nahverkehr, Transrapid), für Trainingsprogramme für Arbeitskräfte und Manager, um sie im Umgang mit ausländischen Firmen und internationalen Märkten zu stärken;

– die Integration der Länder der Region in die Weltwirtschaft intensiver als bisher im Hinblick auf die notwendige Erfüllung rechtlicher und technischer Anforderungen für den Eintritt in Industrieländermärkte zu fördern;

– die EU-Märkte weiter zu öffnen, um die Handelsmöglichkeiten dieser Länder zu verbessern;

– den Beitrag für einen schonenderen, effizienteren Umgang mit der in der Region besonders knappen Ressource Wasser in den Bereichen Siedlungswesen, Industrie und Gewerbe und Landwirtschaft zu verstärken. Schlüsselthemen sollten in diesem Zusammenhang neben der Wechselwirkung der

Wasserthematik mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region auch die Vermeidung internationaler Konflikte im Bereich grenzüberschreitender Gewässer und der Schutz von Gewässern sein. Zudem sollten die Länder der Region bei ihrem Bestreben ermutigt und unterstützt werden, alle natürlichen Ressourcen möglichst schonend zu nutzen und das weitere Voranschreiten der Wüsten einzudämmen;

– Projekte der Familienplanung und demokratischen Bevölkerungspolitik zu fördern mit dem Ziel, das dramatische Bevölkerungswachstum einzudämmen. Bevölkerungspolitik durch Aufklärung ist ein Schlüssel für erfolgreiche Entwicklungspolitik;

– auf eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern am Entwicklungsprozess hinzuwirken, um der weiblichen Bevölkerung die Ausfüllung der vielen Rollen zu ermöglichen, die sie nicht nur im gesellschaftlichen, sondern auch im Wirtschaftsleben als Produzentinnen von Waren und Dienstleistungen in traditionellen und modernen Sektoren ausfüllen kann;

– die kulturelle Zusammenarbeit mit der Region durch den Ausbau bestehender deutscher Schulen und von Häusern deutscher Kulturmittler zu verstärken. Goethe-Institute, deutsche Schulen, deutscher Sprachunterricht und vor allem auch die Übersetzung von Büchern, auch Kinder- und Jugendbüchern, sind von enormer Bedeutung, weil sie zum besseren Verständnis voneinander und zum Abbau von Vorurteilen und Feindbildern beitragen. Weiterhin könnte die angestrebte Entwicklung digitaler Zeitungen, Magazine und Bücher sowie die Einrichtung unabhängiger Fernsehsender, Ausbildungs- und Austauschprogramme für Journalisten und die Übersetzung von Literatur aus dem Arabischen in andere Sprachen und umgekehrt gefördert werden, woran in den Staaten der Region ein wachsendes Interesse besteht. Diese Beispiele machen nachdrücklich deutlich, wie kontraproduktiv die ständigen Kürzungen der Mittel für die Auswärtige Kulturpolitik sind. Auf der ganzen arabischen Halbinsel gibt es kein einziges Goethe-Institut;

– Städtepartnerschaften zu entwickeln und zu fördern. So wie nach dem Zweiten Weltkrieg Städtepartnerschaften in Europa zur Vertrauensbildung beigetragen haben, könnten nun auch Partnerschaften zwischen europäischen Kommunen sowie Gemeinden dieser Region eine ähnliche Brückenfunktion wahrnehmen. Ebenso könnten verstärkt gemeinsame Sportveranstaltungen durchgeführt werden und Projekte wie die in Katar unter maßgeblicher deutscher Beteiligung entstandene internationale Fußballakademie Schule machen.

Die Beziehungen zwischen den Ländern der Europäischen Union, der G8 und der NATO und den Staaten des größeren Mittleren Ostens und Nordafrikas sollten durch Vertiefung der Zusammenarbeit zu einer Sicherheitspartnerschaft ausgebaut werden.

Dafür sollte der politische und sicherheitspolitische Dialog deutlich erweitert und intensiviert werden mit dem Ziel, gemeinsame Grundlagen in Sicherheitsfragen zu ermitteln sowie partnerschaftliche Maßnahmen insbesondere zur Förderung regelmäßiger Konsultationen und eines regelmäßigen Informationsaustausches zu vereinbaren. Darauf aufbauend könnte eine Zusammenarbeit in Bezug auf mögliche Regelungen für Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge entwickelt bzw. vertieft werden; auch sollte den Staaten der Region die Möglichkeit gegeben werden, an Maßnahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik teilzunehmen. Zur Unterbindung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sollte die Unterzeichnung, Ratifizierung und Anwendung sämtlicher Nichtverbreitungsübereinkommen in den Ländern der Region

gefördert werden, wozu auch die Unterstützung der Einrichtung effizienter Systeme nationaler Exportkontrollen gehören sollte.

Einen Schwerpunkt einer solchen Sicherheitspartnerschaft sollte die gemeinsame Bekämpfung des internationalen Terrorismus, der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels bilden, von denen der Westen wie auch die Staaten der Region gleichermaßen bedroht sind. Hierfür sollten die bisherigen Kooperationen durch gemeinsame Programme und praktische Maßnahmen erweitert und zu einer ständigen Zusammenarbeit vertieft werden.

Zu einer wirksamen Sicherheitspartnerschaft sollte die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Staaten des größeren Mittleren Ostens und Nordafrikas gehören. Dies könnte nach dem Muster der Partnerschaftsbeziehungen mit osteuropäischen Ländern und Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die ein wertvolles Netzwerk der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit geschaffen haben, entwickelt werden. Wie diese Kooperation im Einzelnen und auf den jeweiligen Partner zugeschnitten ausgestaltet werden sollte, ist im partnerschaftlichen Dialog zu definieren. Insbesondere sollte auf Ideen, die aus der Region kommen, eingegangen werden. Ein Beispiel dafür ist die auf Initiative der katarischen Regierung in Zusammenarbeit mit der RAND Corporation am 19./20. April 2004 in Katar durchgeführte Konferenz zu Möglichkeiten einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Ländern des größeren Nahen und Mittleren Ostens und der NATO. Dialogprogramme für ein besseres gegenseitiges Verständnis und zur Vertrauensbildung, der Besuch von NATO-Schulen, die Teilnahme an Manövern, Zusammenarbeit bei der Grenzsicherung, eine Kooperation vergleichbar zum NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ oder eine Beteiligung an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Rahmen der NATO-Mission „Active Endeavour“ im Mittelmeer könnten Maßnahmen der Zusammenarbeit sein.

Berlin, den 4. Mai 2004

Dr. Friedbert Pflüger
Dr. Christian Ruck
Hermann Gröhe
Joachim Hörster
Ruprecht Polenz
Dr. Christoph Bergner
Dr. Wolfgang Bötsch
Anke Eymer (Lübeck)
Erich G. Fritz
Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg
Klaus-Jürgen Hedrich
Siegfried Helias
Peter Hintze
Robert Hochbaum
Thomas Kossendey
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Dr. Norbert Lammert
Dr. Gerd Müller
Claudia Nolte
Hans Raidel
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Klaus Rose
Volker Rühe
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Dr. Andreas Schockenhoff
Bernd Siebert
Dr. Hans-Peter Uhl
Willy Wimmer (Neuss)
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333